



„Hunter“-Düsenjäger: Schrottpreis reklamiert

BELGIEN

LUFTWAFFE

Für ein Taschengeld

Der Nato-Staat Großbritannien nutzte ein wertlos gewordenes Nato-Geheimnis, um den Nato-Partner Belgien zu schröpfen.

Belgiens Luftwaffe war vor sechs Jahren mit 144 Düsenjägern vom Typ „Hunter Mark VI“ des britischen Flugzeug-Konzerns „Hawker Siddeley“ in London ausgerüstet worden. Die Briten kassierten für jede der im belgischen Haren in Lizenz nachgebauten Maschinen eine Gebühr von 18 Millionen belgischen Franc (1,5 Millionen Mark).

Vier Jahre später, 1963, wurde Belgiens Luftwaffe auf den moderneren amerikanischen „Starfighter“ umgerüstet.

Da verlangten die Engländer ihre Hunter zurück. Denn die Belgier hatten dem britischen Werk — um die Nato-Geheimhaltung sicherzustellen — vertraglich ein Rückkaufrecht auf die Hunter-Maschinen zusichern müssen. Der Vertrag sah für diesen Fall den Schrottpreis vor: 4000 Mark pro Düsenjäger.

Die Belgier protestierten bei Hawker Siddeley gegen die Schrott-Klausel: Die belgischen Maschinen waren noch neuwertig und hatten zum Teil weniger als 200 Flugstunden absolviert.

Nach zähen Verhandlungen erklärten sich die Briten bereit, die Hunter „für ein Taschengeld“ (so das Brüsseler Verteidigungsministerium) zurückzukaufen. Sie zahlten zwischen 40 000 und 60 000 Mark, je nach Zustand der Maschine.

Kaum in England, wurden die schrottbillig zurückgekauften Jagd-Jets von den Briten an die Nahost-Staaten Kuwait, Saudiarabien, Irak und nach Venezuela weiterverkauft — zum fünf- bis zehnfachen Preis.

OSTBLOCK

WESTKONTAKTE

Über den Vorhang

Mit ordentlich klingenden Marschällen, der Vorführung neuer Waffen in Budapest, Truppenverschiebungen auf der Autobahn Berlin-Helmstedt und dem Abschluß eines zwanzigjährigen Sicherheitspakts mit Polen demonstrierten

die Kremherren Breschnew und Kossygin letzte Woche ihre Macht an Elbe, Oder und Donau.

Die Raketenparade in Budapest, die Kraftprobe auf der Autobahn und der Paktabschluß im Warschauer Namiestnikowski-Palais sind Teile einer umfassenden Gegenoffensive Moskaus auf die westliche Kontaktdiplomatie, deren Erfolge Moskaus Griff über sein osteuropäisches Satellitenreich empfindlich gelockert hatten.

Als erster Staatsmann des Westens hatte Amerikas Präsident John F. Kennedy die Chance erkannt, aus den chinesischen Schwierigkeiten Moskaus für den Westen Kapital zu schlagen. Kennedy im Juni 1963 vor Studenten der West-Berliner Freien Universität: „Nach 18 Jahren der Unterdrückung sind selbst die Völker Osteuropas für eine Änderung nicht unempfindlich.“

Kennedy-Nachfolger Johnson erweiterte die Vision seines Vorgängers vom „Wind der Änderung, der über den Eisernen Vorhang hinwegweht“. In Lexington (US-Staat Virginia) bekannte sich Johnson zur Kontaktpolitik als Mittel, die Liberalisierung in Osteuropa zu fördern.

Osteuropas Kommunisten nutzten die Gunst der Stunde. Zug um Zug begannen

sie, den ihnen durch den Streit Moskaus mit Peking zuwachsenden politischen Spielraum nach Westen hin zu erweitern.

Als erste stiegen die Rumänen in das vorteilhafte Westgeschäft ein und schlossen mit den USA Verträge über die Lieferung von zwei Atomkraftwerken. Zusammen mit Ungarn und Bulgaren fühlten sie bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds sowie dem westlichen Zoll- und Handelsabkommen Gatt wegen eines möglichen Beitritts vor.

Rumänische, bulgarische und ungarische Minister reisten in die Hauptstädte des Westens, um günstige Zahlungs- und Lieferbedingungen auszuhandeln. Bonn richtete in Warschau, Bukarest, Sofia und Budapest eigene Handelsvertretungen ein. Und der Krupp-Bevollmächtigte Berthold Beitz verhandelte in Warschau über eine deutsch-polnische Gemeinschaftsproduktion.

Alle Ostblockländer (mit Ausnahme Polens und der DDR) öffneten ihre Grenzen weit für ausländische Touristen 1964 reisten über 400 000 Westtouristen — darunter 115 000 aus der Bundesrepublik — in die Tschechoslowakei und nach Ungarn. Etwa eine Million erholte sich an der bulgarischen und rumänischen Schwarzmeerküste.

Mit den Touristen sickerten westliche Ideen und Ideale durch den Eisernen Vorhang. So beklagte sich die Sofioter Jugendzeitung „Narodna Mladesch“ über eine „feindselige ideologische Beeinflussung“ der bulgarischen Jugend. Gewisse Jugendliche hätten jedes Gefühl für nationale Würde verloren: „Sie machen mit den Ausländern trübe Geschäfte und bieten ihnen sogar Mädchen an.“ Andere lungerten in Cafés herum, liebten eine unmögliche Kleidung und huldigten dekadenter Musik. „Narodna Mladesch“: „Sie sind Enthusiasten des Westens.“

Auch SED-Chef Walter Ulbricht, durch die westliche Kontaktdiplomatie im Kreise seiner Ostblock-Genossen zunehmend isoliert, fand Grund zur Klage. Dem ungarischen KP-Chef János Kádár malte er die Schrecken einer



Verbündete Breschnew, Gomulka, Kossygin, Cyrankiewicz in Breslau: Grenze garantiert

Offensive des westdeutschen Finanzkapitals aus, das seinen Einflusbereich bis weit nach dem Osten ausdehnen wolle. Ulbricht: „Sogar naive Menschen verstehen, daß das der Weg zum Krieg ist.“

Der Kreml mußte etwas unternehmen, wenn er die Erosion seiner Macht in Osteuropa aufhalten wollte. Als Nothelfer bot sich Jugoslawiens Marschall Tito an, der ebenso wie Ulbricht und Gomulka die westlichen Aufweichungstendenzen als eine Gefahr für die KP-Herrschaft erachtet.

Am 22. Juli 1964 trafen sich Tito und der kürzlich verstorbene rumänische Parteichef Gheorghe Gheorghiu-Dej auf einem Schloß an der rumänisch-jugoslawischen Grenze. Tito riet zur Vorsicht. Zwar sei das Klima günstig und die Rumänen könnten Kredite von beiden Seiten, Russen und Amerikanern, haben; doch sei Rußland immer noch stärker als Rumänien und werde besser nicht unnötig provoziert.

Auch Polens Gomulka verschloß sich den realpolitischen Erwägungen Titos nicht. In der polnischen Armee war es zudem im Sommer 1964 zu „ideologischen Auflösungserscheinungen“ gekommen, wie aus einem Bericht des Polit-Generals Jaruzelski hervorgeht. Eine Gruppe junger Offiziere drängte die Parteiführung, die Schwäche Rußlands im Streit mit China auszunützen und dem rumänischen Beispiel zu folgen. Gomulka griff hart durch: General Jaruzelski bekam seinen Abschied; 450 Kommandeure wurden entlassen.

Vor dem Zentralkomitee in Warschau bekräftigte Gomulka die polnische Bündnistreue: „Unsere Bande mit der Sowjet-Union zu lockern würde bedeuten, uns zur Schwäche zu verurteilen und den Feinden des Sozialismus zum evolutionären Fraß vorzuwerfen.“

Die Furcht vor regimefeindlichen Evolutionen bestimmte den einstigen Anti-Moskau-Rebellen Gomulka auch, wieder in die Arme Moskaus zu flüchten.

Obwohl der Ende April auslaufende sowjetisch - polnische Bündnisvertrag eine automatische Verlängerungsklausel um jeweils fünf Jahre enthält, erbat und erhielt Gomulka vom Kreml einen neuen Zwanzigjahrespakt. Im Unterschied zu dem Vertrag von 1945 umfaßt der am Donnerstag letzter Woche in Warschau unterzeichnete Pakt eine sowjetische Sicherheitsgarantie für die polnische Westgrenze an Oder und Neiße. Breschnew in Breslau: „Die Deutschen werden dieses Land ebensowenig wiedersehen wie den Schnee vom vergangenen Winter.“

ENGLAND

BUDGET

Dornen für die City

Schatzkanzler James Callaghan, 53, distanzierte sich schon äußerlich von der konservativen Vergangenheit. Anstelle des traditionellen roten Budget-Koffers benutzte er vergangene Woche im Unterhaus ein neues, braunes Ledergehäuse. Ihm entnahm der Labour-Minister einen Haushaltsplan, dessen harte Austerität-Maßnahmen er mit den Versäumnissen seiner Vorgänger begründete:

„In den letzten zehn Jahren haben wir im Außenhandel einen jährlichen Überschub von 25 Millionen Pfund (280 Millionen Mark) erzielt. Investiert haben wir aber im Ausland pro Jahr 170 Millionen Pfund (1,9 Milliarden Mark). Das kann sich auf die Dauer kein Staat leisten.“

Deshalb, so verkündete der ehemalige Fregattenkapitän, der vor seinem Amtsantritt in Oxford Nachhilfestunden in Wirtschaftsfragen genommen hatte, müsse jeder Brite sich einschränken.

Callaghan schonte auch das Labour-Wahlvolk nicht. So kostet seit letzten Mittwoch eine Flasche Bier fünf Pfennig mehr, 20 Zigaretten sind um 30 Pfennig, eine Flasche Whisky oder Gin um 2,20 Mark teurer geworden.



Schatzkanzler Callaghan
Sabotage an der Börse

Die Hauptlast des Spar-Budgets müssen jedoch Englands Geschäftsleute tragen:

- ▷ Um den Kapitalexport zu bremsen, wurden die Auslandsinvestitionen um jährlich 1,1 Milliarden Mark verringert;
- ▷ die Einkommensteuer wurde von 38,75 auf 41,25 Prozent und die jährliche Kraftfahrzeugsteuer von 168 auf 196 Mark erhöht;
- ▷ Privatpersonen und Unternehmen, die Grundstücke oder Aktien verkaufen, müssen ab sofort eine Kapitalgewinnsteuer von 30 beziehungsweise 35 Prozent abführen;
- ▷ der Ankauf von Grundstücken und Villen im Ausland — viele Millionen Pfund wurden dafür bisher in Spanien und an der Côte d'Azur ausgegeben — wird künftig streng reglementiert.

Darüber hinaus dürfen Englands Kaufleute ihre Geschäftsfreunde aus Glasgow oder Birmingham nicht mehr auf Kosten des Finanzamtes bewirten. Lediglich für Gäste aus dem Ausland sind Bewirtungsspesen fortan noch steuerlich absetzbar.

Britischen Aktiengesellschaften wird vom 1. April 1966 an außerdem zum erstenmal eine Körperschaftsteuer — bis zu 40 Prozent — auferlegt.

Callaghan will dadurch der Staatskasse im laufenden Haushaltsjahr zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2,8 Milliarden Mark verschaffen. Gleichzeitig soll das Sparprogramm dazu beitragen, Großbritanniens Zahlungsbilanzdefizit — Ende 1964 erreichte es die Rekordhöhe von 8,3 Milliarden Mark — abzubauen. Dem Maßhaltkurs fiel auch der Wunderbomber TSR-2 zum Opfer.

Die Londoner City, gegen deren Widerstand Labours Kampf um das Pfund auf die Dauer kaum Erfolg haben kann, reagierte unwirsch.

Edward Heath, Tory-Schattenkanzler und Aufsichtsratsmitglied des Londoner Bankhauses Brown Shipley: „Das Budget ist widerwärtig, gemein und lang. Callaghans einzige Absicht war es, Vermögen umzuverteilen, statt neues zu schaffen.“

Edward du Cann, Generaldirektor des Unicorn-Investmentfonds, grollte: „Es scheint lediglich ein Anti-Business-Budget zu sein.“

Was die Labour-Regierung für Englands Wirtschaft bereithielt, hatte sich schon gezeigt, als Wilson am 26. Oktober — elf Tage nach seinem knappen Wahlsieg — ohne Rücksicht auf internationale Abkommen den größten Teil der britischen Einfuhren mit einem Sonderzoll von 15 Prozent belegte. Daß dadurch englische Kaufleute kontraktbrüchig werden mußten, verzieh ihm die City nie.

Einen Monat später setzte Wilson die Renten für pensionierte Arbeitnehmer herauf. Die Mittel dafür verschaffte er sich, indem sein Schatzkanzler die Benzinsteuer erhöhte. Überdies schnallte Wilson mit einer Erhöhung des amtlichen Diskontsatzes von fünf auf sieben Prozent der Wirtschaft den Kreditriemen enger.

Die Londoner Bankiers und Manager formierten sich zum Gegenschlag, um Labour auszuhungern. Sie lancierten Gerüchte, daß der Gouverneur der Bank von England zurücktreten wolle und daß eine Londoner Privatbank beabsichtige, zu liquidieren. „Die City begann über die neue Regierung zu reden“, so berichtete der liberale Publizist Anthony Sampson, „als wäre sie eine ausländische Besatzungsarmee, die nur durch Sabotage vertrieben werden kann.“

Englands Bankiers und Bosse spekulierten sogar heftig gegen die eigene Währung. Statt ihre Pfundguthaben zu halten, deckten sie sich mit Dollar oder Mark ein, was den internationalen Kurs des Pfundes weiter schwächte.

Die Labour-Regierung mußte das Pfund stützen. Ergebnis: Die britischen Devisenreserven schrumpften im März auf 0,3 Milliarden Mark. Diese Summe reicht noch nicht einmal aus, den Einfuhrbedarf Großbritanniens für zwei Monate zu finanzieren.

Nur mit Hilfe eines Vier-Milliarden-Mark-Kredits des Weltwährungsfonds und einer Zwölf-Milliarden-Mark-Anleihe europäischer und amerikanischer Notenbanken konnte die Labour-Regierung das Pfund halten. Die Mitarbeit der City gewann sie nicht.

Im Januar versuchte Wilsons Handelsminister Douglas Jay, den Widerstand moralisch zu brechen. Er erklärte auf einer Bankiersversammlung: „Sie sind